

Angola kämpft und wird siegen

Im letzten Jahrzehnt zeigt die Landkarte Afrikas große Veränderungen. Mehr noch hat sich der Zustand des Kontinents selbst geändert. Wo noch vor zehn Jahren die Flaggen westeuropäischer Kolonialmächte wehten, entstanden unabhängige Staaten. Trotz dieses offensichtlichen Zusammenbruchs der Kolonialherrschaft aber blieb ein Viertel des schwarzen Kontinents unter dem Joch des Kolonialismus, der sich in neuen Formen des Neokolonialismus jene Länder zu unterwerfen sucht. Eine dieser Kolonien ist Angola, ein Land, das jahrhundertlang unter der portugiesischen Unterdrückung leidet.

Angola, im Südwesten Afrikas, hat gemeinsame Grenzen mit dem Atlantischen Ozean, Südwestafrika, Rhodesien und Kongo. Das Land ist mit einer Fläche von 1 246 000 km² fünfzehnmal so groß wie Portugal. Mit 4,5 Millionen Einwohnern (davon 300 000 Europäer) gehört Angola mit dem Kongo, Zentral- und Südafrika zum volkreichsten Gebiet Afrikas.

1482 erschienen die ersten Portugiesen an der Küste Angolas - Missionare und Geschäftsleute, Abenteurer und Exploitatoren. Anfang des 16. Jahrhunderts begann Portugal einen Krieg gegen den König Ngola. Angola ist lange eine Quelle des Sklavenhandels gewesen. Man schätzt, daß über 15 Mil-

lionen Angolesen nach Nordamerika transportiert wurden. Der Widerstandskampf des angolischen Volkes dauerte bis 1922, und von dieser Zeit ab erlebte das Land die bitterste Kolonialperiode seiner Geschichte.



Die portugiesischen Kolonien sind bis vor kurzem das „Paradies der Ruhe“ genannt worden. Aber das ist nur insofern wahr, als der portugiesische Kolonialismus sich der grausamsten Methoden bediente. Jeder Aufstand wurde unmöglich gemacht, indem jeder

Patriot aufgehängt und sein Kopf der Bevölkerung ausgestellt wurde. So wurde das ganze Volk terrorisiert. Nach fünf Jahrhunderten portugiesischer Kolonialherrschaft ist die heutige soziale Situation in Angola folgende: 17 Prozent aller Afrikaner sind Analphabeten und völlig rechtlos. Nur ein Prozent, die sogenannten Assimilados, genießen einige bürgerliche Rechte. Diese privilegierte Schicht wurde von den Portugiesen gebildet, um nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ eine Kontrolle über das Volk auszuüben. 50 Prozent aller Afrikaner sind Zwangsarbeiter. Der monatliche Lohn eines Zwangsarbeiters beträgt umgerechnet 15 DM. In einigen Gebieten sterben 30 Prozent dieser Zwangsarbeiter in kürzester Zeit. Jede gewerkschaftliche Organisation ist verboten. Auf 21 000 Einwohner kommt ein Arzt.

Die Welle der Befreiung auf unserem Kontinent konnte natürlich nicht ohne Wirkung auf Angola bleiben. Seit dem 4. April 1961 ist das angolische Volk zum bewaffneten Krieg gegen den portugiesischen Diktator Salazar getreten. Die Überlegenheit von 80 000 Salazar-Soldaten, die mit modernsten Waffen und Flugzeugen ausgerüstet sind, konnte nicht verhindern, daß die angolischen Patrioten sich militärisch organisierten. Mit dem Mut und dem Bewußtsein ihres Sieges gewappnet, erhoben sie sich zum Kampf unter schwersten Bedingungen.

Die unsichtbare Allianz

Portugal gibt für den Krieg in Angola 3,6 Millionen Franc monatlich aus. Wenn wir daran denken, daß alles Kapital in den Kolonien von Ausländern beherrscht wird, entsteht die Frage, wohin die Schätze aus Angola und anderen Kolonien gehen, und wie Portugal, das rückständigste und ärmste Land im Europa des 20. Jahrhunderts, seine riesigen Militär- und Finanzaufwendungen realisiert.

Die Lösung findet sich, wenn man berücksichtigt, daß die „Anglo-American Corporation of South-Africa“ die Diamantenfelder Angolas und die Oppenheimer-Gruppe, de Beers, und die Union Minière du Haut-Katanga das Eisen, Kupfer, Mangan und andere Erzfelder Angolas beherrschen. Die Compagnie Financière Belge de Pétrole und die National City Bank of New York haben das Erdölmonopol inne.

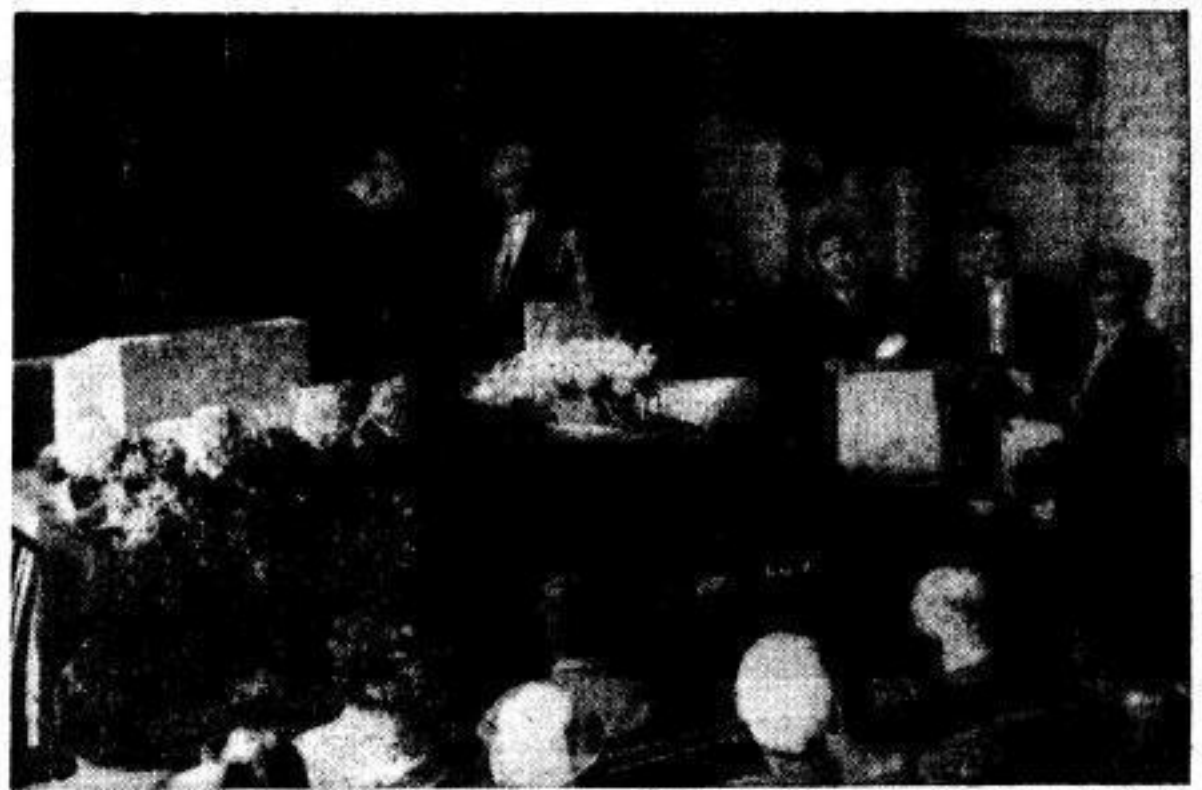
Die Kongo-Tragödie ist noch nicht abgeschlossen, und auch die Situation in Südafrika und in der sogenannten Föderation von Zentralafrika beweist, daß die imperialistischen Mächte gemeinsam alles versuchen, um diese reichen Gebiete Afrikas weiter zu beherrschen.

Gegen das angolische Volk kämpft indessen nicht nur das Regime des Diktators Salazar, sondern auch die anderen NATO-Mächte einschließlich Westdeutschland, die für ihre Atomrüstung die Rohstoffe des afrikanischen Kontinents „benötigen“. Es ist der internationale Imperialismus, dessen Mächte sich die Profite aus den Kolonien teilen und dafür den Krieg in Angola und in anderen Kolonien finanzieren!

Aber das wird nicht von Dauer sein, denn die Völker sind wach.

Unser Volk sammelt seine Kräfte gemeinsam mit allen gerechtigkeitsliebenden Menschen auf der Erde, um den letzten Schlag gegen den Kolonialismus zu führen.

Angola wird siegen! **Ali Osman**



In einer Feierstunde am 13. Mai 1963 wurde Herr Professor em. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Erwin Marx, Braunschweig, der Ehrendoktor der Technischen Universität Dresden verliehen. Herr Professor Dr.-Ing. Obenaus würdigte in der Festansprache das erfolgreiche Wirken von Professor Marx auf dem Gebiet der Hochspannungstechnik, insbesondere der Hochspannungsprüftechnik und der Isoliertechnik, während seiner Tätigkeit in der keramischen Industrie und an der Technischen Hochschule Braunschweig. Anschließend überreichte ihm der Dekan der Fakultät für Elektrotechnik, Herr Professor Dr.-Ing. Hildebrand, die Ehrendoktorurkunde. Die Feierstunde wurde von Studenten der Dresdner Hochschule „Carl Maria von Weber“ musikalisch umrahmt. Am Abend des gleichen Tages hielt Professor Marx im Rahmen des elektrotechnischen Kolloquiums ein Referat über „Hochspannungs- und Lichtbogenforschungen am Hochspannungsinstitut der Technischen Hochschule Braunschweig“.

Fünf unvergeßliche Tage in der VR-Polen

Gisela Krauß, Gudrun Michael und Bärbel Ulbricht aus unserer Belegschaftsjugend erlebten den diesjährigen 1. Mai in der Hauptstadt der Volksrepublik Polen. Ihre Eindrücke schildern sie in folgendem Bericht:

Nach feierlicher Verabschiedung durch den Zentralrat der FDJ in Berlin

traten wir als Delegierte der TU unsere Reise mit dem ersten Jugendsonderzug nach Warschau an. Nach abwechslungsreicher Fahrt haben uns am Reiseziel Vertreter des polnischen Jugendverbandes herzlich empfangen. Bei unserer Stadtaufahrt waren wir von der wiederaufgebauten Stadt sehr beeindruckt.

Während der Hitlerokkupation galt Warschau als das Zentrum der Widerstandsbewegung. Höhepunkt des Kampfes war der Ghettoaufstand im April 1943, der mit der totalen Vernichtung des jüdischen Viertels und der Ermordung seiner Bevölkerung endete. Nach dem Warschauer Aufstand vom August/September 1944 wurde die restliche Bevölkerung von Nazis verschleppt, die unversehrt gebliebenen Häuser plündernd in Brand gesteckt und gesprengt. Im Januar 1945 marschierten die polnischen und sowjetischen Truppen in eine Stadt der Ruinen und des Todes ein. Der Beschluß der polnischen Regierung, diese Steinwüste zu ihrem Sitz zu wählen, führte zur Wiedergeburt Warschaws. Heute spielt die Stadt eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben Polens. Warschau ist das führende Zentrum der Wissenschaft und Kultur, Sitz der polnischen Akademie der Wissenschaften. Wir finden 14 Hochschulen, über 30 Verlage, mehr als 20 Theater, etwa 20 Museen.

In den ersten Stunden besichtigten wir viele Sehenswürdigkeiten der Stadt. Unsere Verbundenheit mit der Warschauer Bevölkerung bekundeten wir durch eine Kranzniederlegung am Ghettoedenkmal.

Am zweiten Tag besichtigten wir den größten Konfektionsbetrieb Polens. Mit einem interessanten Erfahrungsaustausch der ZSM-Mitglieder des Betriebs endete unser Besuch. Den Abend verbrachten wir gemeinsam mit polnischen Jugendlichen in einem ZSM-Studentenklub bei Spiel und Tanz.

Der Höhepunkt unserer Reise war der 1. Mai. Zusammen mit den polnischen Werktätigen und Delegierten aus Ungarn und Bulgarien nahmen wir an der Maidemonstration teil.

Mit dem Besuch der Oper „Aida“ bereicherten uns die polnischen Gastgeber eine besondere Freude. Am letzten Tag besichtigten wir den Kulturpalast, in dem auch am Abend unsere Abschiedsfeier stattfand. Anschließend wurden wir zu unserem Sonderzug gefahren, der uns dann ohne wesentliche Unterbrechung in die Heimat zurückbrachte. Wir hoffen, daß der gute Kontakt, den wir mit den polnischen Jugendlichen hatten, durch weitere gegenseitige Besuche gestärkt und die Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk noch mehr gefestigt wird.

* Der ZSM ist die polnische Jugendorganisation.



Gudrun Michael (Organische Chemie) und Gisela Krauß (Bibliothek) vor der Maidemonstration in Warschau



Am 23. April 1963 weilten unter Leitung des Vizepräsidenten der Weltföderation der Wissenschaftler (WFW), Dr. G. P. Nregard (Dänemark), fünf Mitglieder des Redaktionskollegiums der Zeitschrift „Wissenschaftliche Welt“ in unserer Universität. Sie besichtigten das Institut für Allgemeine Elektrotechnik und das Institut für Werkzeugmaschinen, besuchten die Gedankstätte am Münchner Platz und tauschten mit einigen unserer Professoren ihre Gedanken über die weitere Entwicklung des Hochschulwesens aus. Unser Bild zeigt von rechts nach links: Prof. Dr. S. M. Lissitschkin (UdSSR), Dr. H. Müller (UGL), Dr. G. P. Nregard (Dänemark), A. Karimski (UdSSR), Dr. Erler und Prof. Dr. habil. Lunze bei der Besichtigung des Instituts für Allgemeine Elektrotechnik. Der Delegation gehörten ferner Prof. Dr. Penescu (Rumänien) und H. F. Aprahamian (England) an.

Professor Dr. -r. not. habil. Heinz Pose, Dipl.-Physiker Enno Jordan und Dipl.-Ing. Werner Lieblich:

Kernwaffen und Kernwaffenschutz

Nach einige kurze Bemerkungen zur radioaktiven Verunreinigung bei Kernwaffenexplosionen. Diese ist natürlich ebenfalls davon abhängig, ob es sich um eine unterirdische, Boden- oder Luftexplosion handelt. Insbesondere bei Explosionen in Bodennähe gibt die große Zahl der ausgesandten Neutronen Anlaß zu einer sehr starken Radioaktivität des Erdbodens. Zugleich bilden sich unmittelbar im Zusammenhang mit den bei der Bombenexplosion ablaufenden Atomkernreaktionen radioaktive Sekundärprodukte. Bei bodennahen Explosionen wird sehr viel Bodenmaterial emporgeschleudert. Beim H-Bombentest der USA im März 1954 auf dem Bikini-Atoll handelte es sich um etwa eine Milliarde Tonnen Korallenstaub. Dieser belädt sich mit den radioaktiven Produkten und sinkt je nach der Teilchengröße verschieden schnell zu Boden. Inzwischen aber kann er vom Winde fortgetragen werden. Die schwereren Bestandteile sinken in der Nähe der Explosionsstelle nieder und bilden den sog. „lokalen Fallout“, während die leichteren in die Stratosphäre gelangen können und erst nach Monaten, ja Jahren, wieder den Erdboden erreichen. Diese verursachen den sogenannten „globalen Fallout“. Durch Aufspeicherung in Pflanzen und Tieren bzw. durch die Verunreinigung des Wassers können die radioaktiven Stoffe, die teilweise viele Jahre wirksam sind, in den Menschen gelangen und ihn von innen her bestrahlen. Die vornehmlich genetischen Auswirkungen solcher Bestrahlung sind heute noch weitgehend unerforscht.

Schutzmaßnahmen

Die vorstehenden Zeilen sollten dazu dienen, dem Leser die Kenntnis über den Ablauf einer Kernwaffenexplosion in groben Zügen zu vermitteln. Erst aus dieser Kenntnis lassen sich die

Schutzmaßnahmen überlegen und durchführen.

Unsere Volkskammer hat am 11. Februar 1958 das Gesetz zum Aufbau des Luftschutzes verabschiedet (GBl 1/12 1958). Weiterhin wurde am 20. September 1961 das Verteidigungsgesetz erlassen (GBl 1/18 1961). Daraus geht hervor, daß jeder Bürger der DDR verpflichtet ist, seinen Verteidigungsbeitrag zu leisten. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit besteht in der aktiven Mitwirkung am Luftschutz. Das aber hat zur Voraussetzung, daß sich alle Bürger mit den Grundlagen des Luftschutzes vertraut machen.

Aufgabe der dazu durchzuführenden Schulungen ist die Vermittlung von Kenntnissen zu folgenden Gesichtspunkten: vorbeugender Brandschutz; Brandbekämpfungsmittel; Errichtung von Schutzkellern und ihre Einrichtungen; Strahlenschutz, behelfsmäßige persönliche Schutzmittel, Schutz der Lebensmittel vor radioaktiver Verunreinigung; grundsätzliche Verhaltensregeln bei Luftangriffen mit Kernwaffen; Grundregeln für die Erste Hilfe und anderes mehr.

Abschließend einige Bemerkungen zu den Kernwaffenversuchsexplosionen. Die angeführten Tatsachen zeigen, daß selbst Versuchsexplosionen infolge des auftretenden Fallouts eine außerordentliche Gefahr für die Menschheit bedeuten - eine Gefahr, deren Ausmaß vom heutigen Stand unseres Wissens noch nicht zu übersehen ist, da bereits jede zusätzliche radioaktive Belastung, so klein sie auch sein mag, Störungen im menschlichen Organismus hervorrufen kann. Namhafte Wissenschaftler, unter ihnen ALBERT EINSTEIN, OTTO HAHN, FREDERIC JOLIO-CURIE und LINUS PAULING haben wiederholt in aller Dringlichkeit auf diese Gefahren hingewiesen. Führende Staatsmänner der Sowjetunion

- der stärksten Atommacht der Welt - forderten die westlichen Atommächte mehrmals auf, mit ihnen Abkommen über den sofortigen Versuchstopp und die totale Abrüstung zu schließen. Welch zutiefst menschenfeindlicher Charakter liegt dagegen den Forderungen amerikanischer Politiker und Militärs zugrunde, die Testexplosionen fortzusetzen und sie als festen Bestandteil ihrer Militärpolitik zu betrachten! Die NATO-Verbündeten haben trotz mehrjähriger, einseitiger Versuchstoppes der Sowjetunion nie aufgehört, Testexplosionen durchzuführen. Durch diese Politik wird die Gefahr eines Kernwaffenkrieges vergrößert.

Die Geschichte lehrt, daß der Imperialismus in seinem Machtstreben unfähig ist, das Kräfteverhältnis in der Welt richtig einzuschätzen. Um so bedenklicher muß es uns stimmen, wenn deutsche Imperialisten, die schon zweimal der Welt einen furchtbaren Krieg aufzuzwingen, mit Hilfe der NATO versuchen, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen. Ein Kernwaffenkrieg würde unsägliches Leid über die gesamte Menschheit bringen. Er könnte sogar, mit aller Konsequenz geführt, den Fortbestand der Menschheit in Frage stellen. Eine in normaler Denkgewohnheit versuchte Veranschaulichung der Sprengkraft einer Superbombe übersteigt unser Vorstellungsvermögen. Wir sind gerungen, uns mit Beispielen zu begnügen. Ein Einsatz solcher Waffen im Kriegsfalle läßt keine Trennung zwischen Front und Hinterland, zwischen kriegführenden und neutralen Staaten zu. Ein thermonuklearer Krieg wäre allgemeiner Natur, alle Menschen der Erde würden durch ihn gefährdet.

So gibt es nur einen absoluten Schutz: Fort mit dem Atomwaffen!

- Schluß -

UNSER FEUILLETON:

Hais unter sich

Es gibt Leute, heute noch, die eine organisierte Abwerbung, den Menschenhandel durch die Monopole, in Abrede stellen. „Da übertrieb die Partei, wenn sie von einer organisierten Abwerbung sprach“, so sagt man.

Am 15. März 1963 belästigte sich die Hamburger Zeitschrift „Die Zeit“ in dem Artikel „Der goldene Westen lacht“ mit dem Abwerbeproblem.

So berichtete „Die Zeit“, daß ein Manager der „General Electric“ im Verlauf einer Europa-reise durch zehn Länder 175 Wissenschaftler ansprach und davon 45 für seinen Konzern abwerben konnte.

Gleichzeitig schreibt „Die Zeit“, daß in Westdeutschland eine Organisation der USA-Regierung besteht, die besonders hochqualifizierte deutsche Physiker und Chemiker an staatliche oder private Forschungslaboratorien vermittelt. Die Dienststelle, die sich „Special Projects“ nennt, steht weder im Teletext- und Adreßbuch noch wolle die USA-Botschaft in Bonn, das Frankfur-

ter Generalkonsulat oder das US-Tradecenter Auskunft über diese Einrichtung geben. „Die Zeit“ stellt fest, daß jährlich etwa 25 Physiker, 70 Chemiker die Bundesrepublik in Richtung USA verlassen.

„Es ist bedauerlich, daß eine Anzahl junger Leute, in deren wissenschaftliche Ausbildung wir viele Tausende an Steuergeldern investiert haben, ihr Können einem anderen Land zur Verfügung stellen“, so schreibt Herr Th. v. Randow.

Eigentlich kann man die Klage der „Zeit“ verstehen; denn wir schreiben ja das Jahr 1963. Vor dem 13. August 1961 war das Jagdgebiet der westdeutschen Abwerber die Deutsche Demokratische Republik, da konnte man mit dem USA-Monopolen gemeinsame Sache machen.

Heute aber geht es nicht mehr, und die Freunde von gestern sind die kapitalistischen Hals von heute!

Deshalb also die Tränen des Herrn v. Randow.

Kramarczyk



Redaktionschluss für Nr. 12 der „UZ“ Mittwoch, 19. Juni 1963

Herausgeber: SED-Parteilitung der Technischen Universität Dresden, Redaktionskollektiv: Dresden A 27, Hechtstraße 6, Telefon: 448 81 81. Verantwortlicher Redakteur: Marianne Becker. Stellvertretender Redakteur: Thomas Griebel. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 22 beim Rat des Bezirkes Dresden. Druck (III/81) SBCh-sche Zeitung Dresden.

„Universitätszeitung“ Seite 8